

Alles bereit zum Kampf gegen Glatteis

Winterdienst Nach zwei Jahren mit Rationierung ist Streusalz heuer keine Mangelware

VON BRUNO UTZ

Mit dem Einzug des Winters am vergangenen Wochenende sind auch im Unterland wieder die Salzstreulastfahrzeuge auf den Strassen unterwegs. Soviel sei vorneweg verraten: Eine Rationierung von Streusalz, wie das in den beiden vorangegangenen Wintern auch im Kanton Bern der Fall war, ist diesmal nicht zu befürchten. Das hat zwei Gründe: Einerseits sind laut Direktor Jürg Lieberherr die Lager bei den Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen «bis zur Halskrause gefüllt». Andererseits sind wegen des verspäteten Winters die Hallen und Silos der kantonalen Werkhöfe meist noch voll. Laut Martin Rösti – der Leiter des Autobahnwerkhofer Spiez koordiniert den Winterdienst für den ganzen Kanton – sind das immerhin rund 12 000 Tonnen.

«Letzten Winter war die Situation schlimm. Mitte Januar hatten wir praktisch kein Salz mehr. Als wir die Lager wieder füllen konnten, war der Winter praktisch vorbei. Deshalb mussten wir im Sommer weniger Salz nachbestellen», sagt Rösti. Der Kanton habe seine Lagerkapazität nur marginal ausgebaut. «In Grünenmatt steht zwar ein neues Salzsilo, im Gegenzug wurde aber der Werkhof in Schüpbach aufgelöst», nennt Rösti ein Beispiel.

Zuversichtlich äussert sich auch Alfred Hutmacher, Leiter Strassenbauinspektorat Oberaargau: «Diesen Winter sollte es keine Streusalz-Engpässe geben.» Wie Rösti verweist Hutmacher auf den späten Winterbeginn und die vollen Lager der Rheinsali-

«Diesen Winter sollte es keine Streusalz-Engpässe geben.»

Alfred Hutmacher, Leiter Strasseninspektorat

nen. Nachbestellungen würden rasch ausgeführt. Der kantonale Werkhof in Aarwangen verfüge über drei Salzsilos zu je 100 Tonnen. Alle seien voll. Vorhersagen, wie lange die Lagermenge reicht, sei schwer und hänge von der Intensität der Schneefälle und von der Temperatur ab. Es sei schon vorgekommen, dass ein Silo an einem Tag geleert worden sei.

Gestern streuten die Mitarbeiter des Werkhofes in Aarwangen noch zurückhaltend. «Ich habe die Dosieranlage auf sechs Gramm pro Quadratmeter eingestellt», sagt Chauffeur Walter Künzi. Eine Tonne Salz reiche so für 60 Kilometer Strasse. Wenn es



Gestern Montag wurde Chauffeur Walter Künzi um 2.55 Uhr zum Streudienst aufgeboten. UZ

■ MARTIN SCHNEIDER: «DOCH DAS WETTER IST UNBERECHENBAR»

Für 320 Kilometer Strasse und 650 Kilometer Trottoirs hat das Tiefbauamt der Stadt Bern die Verantwortung für den Winterdienst. Dies entspricht einer Fläche von 4,2 Millionen Quadratmetern oder 870 Fussballfeldern. Für den Winterdienst stehen dem Leiter Martin Schneider maximal 220 interne und externe Mitarbeitende zur Verfügung. Es werden über hun-

dert Fahrzeuge und Maschinen eingesetzt, darunter etliche Lastwagen, die durch das private Gewerbe gestellt werden. Um nicht zu viel Salz zu streuen, sind sämtliche Fahrzeuge mit einer elektronischen Dosiereinrichtung ausgerüstet. Diese Fakten sind einem von Martin Schneider verfassten und soeben im Internet veröffentlichten Bericht zu entnehmen.

Mit Streusalz werden vor allem die Strassen behandelt. Auf den Trottoirs wird hauptsächlich Splitt verwendet. Seit 2007 budgetiert die Stadt Bern pro Jahr 2,6 Millionen Franken für den Winterdienst. Dieser Betrag basiert auf der Annahme, dass 25 Volleinsätze zu leisten sind. «Doch das Wetter bleibt unberechenbar», schreibt Schneider. Von 1996

bis 2010 schwankte die Zahl der Volleinsätze zwischen 6 im Jahr 2002 und 75 Einsätzen im Jahr 2010. Übrigens: Selbst in jenem Extremjahr verfügte die Stadt Bern stets über ausreichende Mengen an Streusalz. Dafür explodierten die Kosten: Statt der budgetierten 2,6 Millionen verursachte der Winterdienst Ausgaben von rund 7,5 Millionen Franken. (UZ)

Schnee auf der Strasse hat, brauche es mehr.

Zucker ist kein Ersatz für Salz

Wegen der Schäden an Böden und Pflanzen wird intensiv nach Ersatzprodukten für Streusalz gesucht. In Absprache mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) testete der Autobahnwerkhofer Spiez in den vergangenen zwei Jahren auf der A6 zwischen Rubigen und dem Brünigpass Safeco-

te, ein Abfallprodukt der Rohrzuckerindustrie. Safecote – der Name ist identisch mit dem der Lieferfirma – wird als flüssiger Zusatz zur Glatteisbekämpfung bei Temperaturen kälter als fünf Grad Celsius eingesetzt. Der üblicherweise verwendete Streusalz-Zusatz Calciumchlorid sei problematisch, sagt Rösti: «es wirkt sehr aggressiv auf die Schleimhäute. Deshalb müssen die Leute mit Mundschutz arbeiten.»

Aufgrund der guten Erfahrungen komme Safecote jetzt auch auf dem A1-Abschnitt Kriegstetten-Schönbühl zum Einsatz. Die grossflächige Verwendung mache das Bundesamt für Umwelt (Bafu) vom Nachweis der Umweltverträglichkeit abhängig. Die entsprechenden Messungen erfolgten in der Urtenen bei Schönbühl. Rösti: «Salz ist aber weiterhin der günstigste und effektivste Auftaustoff. Das wird wohl nach lange so bleiben.»

Ergänzungsleistungen für Familien auf lange Bank geschoben

Arme Familien Wegen der angespannten Kantonsfinanzen macht der Regierungsrat Abstriche bei einem wichtigen Bestandteil seiner Sozialpolitik: der Idee, armen Familien mit Ergänzungsleistungen unter die Arme zu greifen.

VON RAINER SCHNEUWLY (SDA)

Die Kantonsregierung schreibt in einer am Montag veröffentlichten Antwort auf einen Grossratsvorstoss, sie habe beschlossen, momentan kein Gesetz zur Einführung von Familienergänzungsleistungen auszuarbeiten zu lassen. Das für den Kanton Bern entwickelte Modell verursache nämlich nach Schätzungen Kosten von 71 bis 144 Millionen Franken. Deshalb halte sie es derzeit «für finanzpolitisch nicht vertretbar», dem Kantonsparlament vor Ende der laufenden Legislatur einen ausformulierten Gesetzes-

entwurf vorzulegen. Die aktuelle Legislatur dauert bis 2014.

Die Regierung will aber nicht komplett auf das neue Instrument verzichten, dessen Entwicklung sie 2009 angekündigt hatte: Sie will dem Grossen Rat das von der Verwaltung ausgearbeitete Modell «in seinen Grundzügen» sowie «weniger kostenintensive Alternativen» im Rahmen eines Massnahmenplans zur Armutsbekämpfung zur Diskussion stellen. Voraussichtlich Ende des kommenden Jahres dürfte dieser Massnahmenplan vorliegen. Der Grosse Rat hat im Juni 2010 einen solchen Plan verlangt.

Grosser Rat forderte mehrfach FamEl

Die Familienergänzungsleistungen (FamEl) waren ein wichtiger Bestandteil des Familienkonzepts, das die Kantonsregierung im März 2010 dem Grossen Rat vorlegte. Auch im Zusammenhang mit dem im Januar 2010 präsentierten ersten Sozialbericht des Kantons Bern erwähnte die

Regierung dieses Instrument. Der Sozialbericht zeigte, dass rund zehn Prozent der Bevölkerung im Kanton Bern in prekären finanziellen Verhältnissen lebt – oft sogar dann, wenn Familienväter oder -mütter arbeiten. Man spricht von so genannten «Working poor».

Doch nicht nur die Regierung selbst wollte im Kanton Bern FamEl

«Die Regierung hat strategisch den Schwerpunkt falsch gesetzt.»

Daniel Steiner-Brütsch, EVP

einführen. Dafür hat sich mehrfach auch der Grosse Rat ausgesprochen. Er tat dies zum ersten Mal, als er im Januar 2009 im Verhältnis von 77 zu 62 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Motion von Daniel Steiner-Brütsch (EVP/Langenthal) mit diesem Ziel überwies. Auf eine Interpellation

von Steiner-Brütsch zum Stand der Dinge hat nun die Regierung geantwortet. Steiner-Brütschs Partei hat denn auch am Montag in einer Mitteilung ihre Enttäuschung ausgedrückt. Die EVP setzt ein Fragezeichen hinter die Argumentation des Regierungsrats: Es sei davon auszugehen, dass FamEl die Sozialhilfe entlasten würden. Der Kanton Tessin habe seit der Einführung der FamEl 60 Prozent der Sozialhilfeleistungen eingespart. Es gelte jetzt, andere Finanzierungsmodelle für diese Leistungen zu prüfen, etwa jenes der Waadt. Dort hat das Volk in diesem Frühling der Einführung zugestimmt. In der Waadt werden die FamEl über Beiträge des Kantons, der Gemeinden sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert.

Der Regierungsrat zweifelt aber daran, dass dieses Waadtler Modell im Kanton Bern praktikabel ist. Da es für den Kanton Bern ebenfalls Mehrkosten bedeuten würde, sei es «nicht sehr aussichtsreich», schreibt

er in der gestern veröffentlichten Antwort.

«Die Regierung hat strategisch den Schwerpunkt falsch gesetzt, dass sie bei den Familien spart statt anderswo», ergänzt Steiner-Brütsch auf Anfrage. Er sei riesig enttäuscht, dass die Regierung einen Grundpfeiler des Familienkonzepts einreisse und die FamEl auf die lange Bank schiebe.

Nationalrat stoppte Arbeiten

Ausser dem Tessin und der Waadt kennt auch der Kanton Solothurn Familienergänzungsleistungen. Das Instrument hat auch auf Bundesebene mehrfach zu reden gegeben. Im Juni beschloss der Nationalrat aber, die Arbeiten an einer landesweiten Einführung zu stoppen. Nach elfjähriger Diskussion sei kein mehrheitsfähiger Entscheid in Sicht, hiess es.

Kürzlich scheiterte die Einführung von Familienergänzungsleistungen im Kanton Schwyz: Dort lehnte das Volk eine Initiative der SP Ende November sehr deutlich ab. (SDA)

Nachrichten

Glatteis Dutzende

Unfälle wegen Schnee

Mindestens vier Menschen sind bis Montagmittag bei Verkehrsunfällen auf den schneebedeckten Berner Strassen verletzt worden. Die Kantonspolizei Bern registrierte zwischen Mitternacht und 10.30 Uhr insgesamt 30 Verkehrsunfälle. Zumeist sei es bei Sachschaden geblieben, teilte die Polizei mit. Zwei Unfälle ereigneten sich auf Autobahnen. Unfallursache war in vielen Fällen die nicht an die Strassenverhältnisse angepasste Geschwindigkeit. Insgesamt 19 Selbstunfälle wurden registriert. Am stärksten betroffen war die Region Mittelland-Emmental-Oberaargau mit 13 gemeldeten Unfällen. Dahinter folgten die Regionen Seeland-Berner Jura (9), Bern (6) und Oberland (2). (SDA)

BKW Rekordandrang in Besucherzentren

Die fünf Besucherzentren des Energiekonzerns BKW haben im laufenden Jahr 13 Prozent mehr Personen registriert als im vergangenen Jahr. Die BKW führt dies auf die Katastrophe von Fukushima zurück. Der grössere Andrang sei erst nach den Ereignissen von Japan spürbar gewesen, schreibt die BKW in einer Mitteilung vom Montag, und zwar am meisten im Besucherzentrum des Kernkraftwerks Mühleberg. Befragungen hätten gezeigt, dass die Leute nach Fukushima verunsichert gewesen seien und sich selber in den Kraftwerken hätten ein Bild machen wollen. Insgesamt 220 000 Personen zählte die BKW in den fünf Zentren, 80 000 davon nahmen an geführten Besichtigungen teil. In allen fünf BKW-Besucherzentren war der Andrang im laufenden Jahr grösser als im 2010. (SDA)

Jegenstorf Tempo 30

123 Jegenstorfer aus dem Wohnquartier Chrüzreich fordern mit einer Beschwerde den Einbezug des Chrüzreichweges als Quartierstrasse und Schulwegverbindung in die Tempo-30-Zone. Die Beschwerde wurde gestern beim Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland eingereicht. In dem Gemeinderat publizierten Plänen sei der Chrüzreichweg als einzige Gemeindestrasse von Tempo 30 ausgenommen. «Das ist unverständlich», heisst es in einer Mitteilung der Anwohner. (MGT)